



Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates Rechtmehring

vom 30. November 2011

Der Vorsitzende, Erster Bürgermeister Sebastian Linner, eröffnet die im Rathaus Rechtmehring stattfindende Sitzung um 19:00 Uhr und stellt fest, dass der Gemeinderat beschlussfähig ist, da alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. (Art. 47 Abs. 2 GO). Zeitpunkt und Ort der Sitzung des Gemeinderates wurden unter Angabe der Tagesordnung rechtzeitig ortsüblich bekannt gemacht. (Art. 52 Abs. 1 Satz 1 GO)

Von den 13 Mitgliedern des Gemeinderates sind folgende 13 Mitglieder anwesend:

| | |
|---------------------|--------------------|
| Sebastian | Linner |
| Friedrich | Köbinger |
| Albert | Hudlberger |
| Waltraud | Voglsamer |
| Franz | Ebersberger |
| Alois | Haslberger |
| Franz | Ramsl |
| Bartholomäus | Angerer |
| Johann | Friesinger |
| Gerhard | Bauer |
| Johann | Huber |
| Josef | Neuwieser |
| Englbert | Eisgruber |

Es fehlen entschuldigt:

Es fehlen unentschuldigt:

Die Niederschrift über die letzte Sitzung wurde ohne Einwendungen genehmigt.



1. Bauanfragen Baugebiet Tröstl

Der Vorsitzende informiert den Gemeinderat über zwei Voranfragen zu Bauvorhaben.

Herr XXX möchte am Stechlring ein Haus errichten, das nur ein Vollgeschoß hat, da dies zwar im Baugebiet noch nicht verwirklicht wurde, aber nach Bebauungsplan möglich ist, hat der Gemeinderat nichts dagegen.

Die Interessenten für das gemeindliche Baugrundstück wollen noch ein Zimmer im Dachgeschoß unterbringen, deshalb möchten sie Abweichungen bei der Wandhöhe und bei der Dachneigung. Außerdem soll die Garage größer werden als im Bebauungsplan vorgesehen und ein Erker zur Straßenseite gebaut werden. Der Gemeinderat sieht keine großen Bedenken gegen die Abweichungen und stellt deshalb eine Zustimmung in Aussicht.

Beschluss:

Ohne Beschluss

0 zu 0 Stimmen

2. Voranfrage

Bürgermeister Linner erläutert anhand einer Skizze die geplante Erweiterung des Carports im Gewerbegebiet Grundstück Am Kornfeld 8. Die Erweiterung des Carports dient zur Unterbringung eines Lkws. Der Gemeinderat sieht grundsätzlich keine Bedenken gegen das Projekt, die Verwaltung kann leider keine Stellungnahme zum Vorhaben abgeben, da ihr die Planungen vor der Sitzung noch nicht vorgelegen haben.

Beschluss:

Ohne Beschluss

0 zu 0 Stimmen

3. Photovoltaikanlage auf Dach der Kläranlage

Der Vorsitzende erläutert, dass sich der Gemeinderat auf Grund der Dringlichkeit der Angelegenheit bereits nichtöffentlich über die Anlage unterhalten hat. Da die Förderung eines Eigenverbrauchs für Photovoltaikanlagen aller Voraussicht zum



Jahresbeginn 2012 ausläuft, ist eine Inkraftnahme der Anlage noch im Jahr 2011 notwendig. Vorgesehen ist eine 30 KW-Anlage auf dem Dach Wertstoffhof und Kläranlage für einen Eigenverbrauch in der Kläranlage, der restliche Strom würde in das Netz eingespeißt. Für die Anlage sind Kosten in Höhe von ca. 60.000 Euro zu erwarten. Bei der Gemeinde Albaching wurde angefragt bezüglich einer Beteiligung in Höhe von der Hälfte der Kosten, wie bei anllen anderen Anlagenteilen der Kläranlage auch, eine Entscheidung des Gemeinderats steht hier noch aus, vom Ersten Bürgermeister wurde jedoch eine Zustimmung signalisiert.

Beschluss:

Ohne Beschluss

0 zu 0 Stimmen

4. Nachbesprechung zur Bürgerversammlung

Eduard W., Franz S., Englbert E. zu Kreisverkehr und Verkehrsbelastung der Kreisstraßenkreuzung zwischen Freimehring und Reichtmehring

Herr W. erläuterte die Notwendigkeit eines Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich der Kreisstraßen MÜ 32 und MÜ 43 zwischen Reichtmehring und Freimehring. Die Stoppschilder im Kreuzungsbereich werden nicht beachtet, was immer wieder zu gefährlichen Situationen führt.

Antwort des Gemeinderats:

Grundsätzlich ist dies eine Angelegenheit des Landkreises. Landrat Georg Huber erläuterte in der Bürgerversammlung die Schwierigkeiten in Sachen Bezuschussung. Ohne eine positive Beurteilung durch das Straßenbauamt in Rosenheim lehnt die Regierung von Oberbayern eine Bezuschussung ab. Ohne positive Stellungnahme durch das Straßenbauamt besteht außerdem der Verdacht auf eine Verschwendung von Steuergeldern, weil der Kreisverkehr aus Sicht der fachkundigen Stelle nicht notwendig ist. Herr Landrat Huber verspricht, sich weiter für die Errichtung eines Kreisverkehrs in diesem Bereich einzusetzen.

Herr Englbert E. berichtet, dass der Verkehr zu den Zeiten, in denen Pendler unterwegs sind entgegen der Meinung des Straßenbauamtes ein erheblicher Verkehr herrscht.

Eine weitere Möglichkeit wurde in Heigerloh erprobt. Mittels Siloballen wurde die Einsicht in die Kreuzung verkleinert. Seither stoppen alle Fahrzeuge und Unfälle konnten nicht mehr verzeichnet werden.

Der Gemeinderat sieht hier jedoch ein Problem, wenn Sichtbehinderungen gebaut würden, dass bei einem Unfall, der nachweislich durch die Sichtbehinderung



geschehen würde, dann das Problem der Haftung auftritt.

Auch die Möglichkeit einer Ampel wie in Frauenneuharting, wie von Herrn Franz S. in der Bürgerversammlung vorgeschlagen, wird angesprochen, der Gemeinderat hat hier keine einheitliche Meinung, ob dies das Problem lösen könnte. Vorrangig ist es ein Problem des Landkreises als Straßenbaulastträger die Kreuzung sicherer zu machen, der Gemeinderat wird jedoch weiterhin zu einer Lösung drängen.

Johann H. zu Baugebiete

Herr H. ist der Meinung, dass nach der Zahlenlage ist in Rechtmehring vieles in Ordnung. Die Infrastruktur ist vorhanden, aber die Kinder werden immer weniger. Hier muss nach seiner Meinung in der nächsten Zeit entgegengewirkt werden, z. B. durch die Ausweisung von Baugebieten. Dadurch erreicht man, dass Leute bauen und herziehen können.

Auch der Einkommenssteueranteil ist ein Faktor der für die Gemeindefinanzen entscheidend ist.

Antwort des Gemeinderats:

Dem Gemeinderat ist bewußt, dass um junge Familien in Rechtmehring halten zu können und neue anzulocken neue Baugebiete erschlossen werden müssen. Dazu ist aber die Bereitschaft der Grundstückseigentümer zum Verkauf nötig. Hier laufen im Moment Gespräche und Vorbereitungen.

Franz S. zu Streu- und Winterdienst

Herr S. bedankte sich für das frühe Streuen bei Glatteis in den gefährlichen Bereichen Richtung B15.

Wolfgang K. zu Zufahrt zu den Kiesgruben

Herr K. erläutert, dass es seit 15 Jahren Probleme mit den Lastwagen gibt, die von den Kiesgruben in Linnern aus die Straße in Richtung Brunenthal benutzen. Bei trockener Witterung wirbeln diese beim Vorbeifahren an den Häusern in Brunenthal Staub auf. Eine vernünftige staubfreie Zufahrt wäre hier nötig.

Antwort des Gemeinderats:

Der Vorsitzende erläuterte bereits in der Bürgerversammlung, dass von Seiten der Gemeinde Bereitschaft besteht sich mit den Anliegern und Kiesgrubenbetreibern an einen Tisch zu setzen um die Problematik zu erläutern. Man erwartet hier einen angemessenen finanziellen Beitrag der Kiesgrubenbetreiber wenn die Straße staubfrei gemacht wird. Der Gemeinderat ist sich einig, dass bei einem Verlängerungsantrag die Auflagen in Bezug auf eine staubfreie Straße z. B. auch durch ein regelmäßiges Abkehren verschärft werden müssen. Problem dürfte allerdings sein, dass für den ausreichenden Ausbau der Straße Flächen von angrenzenden Grundstücken notwendig sind.



Franz B. zu Gebühren bei Wasser und Abwasser

Herr B. erklärte in der Bürgerversammlung, dass aufgrund seines Widerspruches die Kalkulation gemacht worden sei. In dieser Kalkulation ist herausgekommen, dass die Grundgebühr zu hoch war, dies hat er immer schon moniert. Er ist zufrieden, dass dies geändert worden ist.

Die 75 Euro Grundgebühr beim Abwasser erscheinen ihm aber immer noch zu hoch. Er kündigt bereits jetzt einem Widerspruch gegen den Abwassergebührenbescheid an.

Antwort des Gemeinderats:

Die Neukalkulation für Wasser und Abwasser wurden nicht wegen der Widersprüche von Herrn B. gemacht. Da die Kalkulationen von einem Sachverständigenbüro mit langjähriger Erfahrung gemacht wurden, ist man von der Richtigkeit der Gebührensätze überzeugt und sieht einem Widerspruch gelassen entgegen.

Franz B. zu Nichtöffentliche Sitzungen

Herr B. bemängelt, dass bei jeder Sitzung auch ein nichtöffentlicher Teil abgehalten wird, so sei auch sein Widerspruch im nichtöffentlichen Teil behandelt worden. Er ist der Meinung, dass hier etwas verschwiegen wird und dass dies nicht sein dürfe. In anderen Gemeinden wurde dies bereits durch die Kommunalaufsicht gerügt und die betreffende Gemeinde hat sich die Tagesordnung genehmigen lassen müssen.

Antwort des Gemeinderats:

Der Gemeinderat ist der Überzeugung, dass hier in der Vergangenheit keine Fehler begangen wurden. Entsprechend dem Gesetz wurden Tagesordnungspunkte, bei denen das berechnete Interesse der Betroffenen gegen eine öffentliche Behandlung sprechen, z. B. bei Widersprüchen gegen Gebühren und Beiträge, bei Vorkaufsrechtsanfragen oder bei Personalentscheidungen in den nichtöffentlichen Teil gelegt. Dies ist ebenso geschehen bei Tagesordnungspunkten, bei denen dies im Interesse der Allgemeinheit notwendig war, z. B. bei Grundstücksgeschäften. Da außerdem die Rechtssprechung bei Sitzungen von nichtbeschließenden Ausschüssen diesen zugesteht, dass diese grundsätzlich nichtöffentlich tagen, sieht man analog keine Probleme, wenn der Gemeinderat zur Meinungsfindung Punkte nichtöffentlich vorberät und die Beschlüsse öffentlich faßt. Nach herrschender Rechtsprechung ist der Passus der Gemeindeordnung, der sich mit der Öffentlichkeit/Nichtöffentlichkeit der Tagesordnungspunkte befaßt eine Ordnungsvorschrift. Die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse ist nur betroffen, wenn in einem Gesetz ausdrücklich festgelegt ist, dass ein Beschluss öffentlich zu fassen ist. Diese Rechtsmeinung teilt auch die Kommunalaufsicht.

Herr B. hat in der Bürgerversammlung bei der zweiten Wortmeldung vom Vorsitzenden eine Redezeit von fünf Minuten zugesprochen bekommen. Dies ist auch nach Rechtsmeinung der Kommunalaufsicht rechtlich nicht zu beanstanden.



Jürgen K. zu Breitband in Holzkrum

Herr K. erläuterte, dass die Bandbreiten in Holzkrum nicht zufriedenstellend sind. Er hätte die Möglichkeit auf einen Heimarbeitsplatz, dies ist mit der bestehenden Datenrate jedoch nicht möglich. Er bittet um Auskunft wie die Gemeinde dazu steht.

Antwort des Gemeinderats:

Da der Ortsteil Holzkrum einer der größeren Ortsteile ist, wird man hier in naher Zukunft von Seiten der Gemeinde etwas unternehmen. Diese Maßnahme ist aber mit einem hohen finanziellen und technischen Aufwand verbunden.

Beschluss:

Ohne Beschluss

0 zu 0 Stimmen

5. Zuschussantrag Frauen helfen Frauen e.V.

Der Vorsitzende stellt einen Zuschussantrag des Vereins Frauen helfen Frauen vor, in den letzten Jahren wurden jeweils 200 Euro Zuschuss gewährt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt dem Verein Frauen helfen Frauen einen Zuschuss in Höhe von 200€ zu gewähren.

13 zu 0 Stimmen

6. Zuschneiden von Bäumen und Sträuchern

Es kommt leider immer wieder vor, dass Bäume und Sträucher in den öffentlichen Straßenraum wachsen und dadurch Probleme mit der Durchfahrt, vor allem auch beim Schulbusverkehr, beim Winterdienst und bei Rettungsfahrzeugen und auf Gehwegen mit dem Durchgang kommt. Der Gemeinderat hat deshalb in der Sitzung vom 27. Juli 2011 besprochen, dass die betroffenen Grundstückseigentümer durch die Verwaltung zum Zurückschneiden aufgefordert werden sollen. Im Brief der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass wenn dies nicht erfolgt, das Zurückschneiden durch den Bauhof auf Kosten des Grundstückseigentümers erfolgt. Einige Bürgern und auch Gemeinderatsmitglieder, die als Grundstückseigentümer



angeschrieben wurden, waren jedoch sehr verärgert über diese Briefe. Der Vorsitzende möchte deshalb wissen, ob weiterhin die Grundstückseigentümer per Brief dazu aufgefordert werden sollen einen ordnungsgemäßen Zustand ihrer Bäume und Sträucher an öffentlichen Straßen und Wegen herzustellen oder ob dies anders geschehen soll.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass weiterhin durch die Verwaltung die Grundstückseigentümer zum Zurückschneiden aufgefordert werden sollen und dass darauf hingewiesen werden soll, dass ansonsten ein Zuschnitt durch den Bauhof auf Kosten des Grundstückseigentümers erfolgt.

13 zu 0 Stimmen

7. Zuschuss zur Beschaffung eines neuen Feuerwehrfahrzeugs der Feuerwehr Allmannsau

Der Vorsitzende stellt einen Antrag des Marktes Haag auf finanzielle Beteiligung am neuen Fahrzeug der Feuerwehr Allmannsau vor.

Beschluss:

Da die Feuerwehr Allmannsau auch einen Bereich der Gemeinde Rechtmehring abdeckt, beschließt der Gemeinderat sich mit 8000€ an der Beschaffung des neuen Fahrzeugs zu beteiligen.

13 zu 0 Stimmen

8. Antrag aus Hintersberg auf eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h

Der Vorsitzende stellt dem Gemeinderat einen Antrag der Anwohner von Hintersberg auf eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h vor.

Beschluss:

Der Gemeinderat lehnt den Antrag auf eine Geschwindigkeitsbegrenzung in Hintersberg auf 30 km/h ab, da nach seiner Meinung kein Durchgangsverkehr vorhanden ist und man bereits in der Vergangenheit ähnlich gelagerte Fälle abgelehnt hat. An die Antragsteller wird die Anregung gegeben nichtamtliche Schilder mit "freiwillig 30 km/h" aufzustellen.



**Gemeinde
Rechtmehring**

**Sitzung vom
30. November 2011**

Beschlussbuch Seite _____

13 zu 0 Stimmen

Vorsitzender:

Schriftführer:

**Sebastian Linner
Erster Bürgermeister**

Markus Bauer